

die tageszeitung | Kiel, 20. Januar 2020
taz-Salon

Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen: Steile Thesen, krasse Zerrbilder

Prof. Dr. Stefan Kooths
Prognosezentrum





Randnotizen

Was von der Nazi-Zeit übrig blieb

NS-Wirtschaft und Wiederaufbau (S. 14)

Die Fabriken hatten den Krieg so unversehrt überstanden, dass sich die bundesdeutsche Wirtschaft nicht verstehen lässt, ohne die NS-Ökonomie zu kennen.

Massiv verzerrte
Produktionsstruktur?

Integration von ca. 8 Millionen
Flüchtlingen?

Fehlanzeige.

NS-Wirtschaft und Wiederaufbau (S. 23)

Bei Kriegsende waren 1,86 Millionen Wohnungen völlig zerstört, weitere 3,6 Millionen beschädigt. Fast ein Drittel der Deutschen hatte damit seine Bleibe ganz verloren oder musste in einer Ruine hausen.

Wiederaufbau von Wohnungen bindet Ressourcen; die These, man könne nach dem Krieg einfach dort weitermachen, wo man zuvor aufgehört hatte, ist abwegig.

NS-Wirtschaft und Wiederaufbau (S. 45)

[Preisfreigabe durch Erhard 1948]

Dabei übersah Erhard jedoch, dass in Westdeutschland weiterhin gnadenloser Mangel herrschte. Das Angebot war so gering und die Nachfrage so riesig, dass die Preise sofort in ungeahnte Höhen schießen mussten.

Trotz unversehrter Fabriken?
Alles nur ein Transportproblem?

Wohl kaum.

Kein Wunder: Das „Wirtschaftswunder“

Mythos D-Mark (S. 35)

Viele Deutsche glauben bis heute, dass es allein der Währungsreform zu verdanken wäre, dass die Wirtschaft wieder funktionierte.

Überspitzte monokausale Erklärung
als dankbarer Pappkamerad

Mythos D-Mark (S. 48)

Da die Hersteller keine wertlose Reichsmark kassieren wollten, warteten sie auf die neue D-Mark. Als diese zurückgehaltenen Waren dann in die Läden fluteten, musste es statistisch so aussehen, als sei die Wirtschaft sprunghaft gewachsen. [...] Die Währungsreform setzte diese Vorräte frei.

[...]

Die D-Mark vereinfachte die Abwicklung von Transaktionen, aber echtes Wachstum hat sie nicht produziert.

Wertlose D-Mark hätten die Hersteller ebenso wenig akzeptiert. Statistisch zeigt ein Lagerabbau kein Wachstum.

Eine Währung selbst „produziert“ niemals Wachstum, ermöglicht als stabiles indirektes Tauschmittel aber arbeitsteilige Produktivitätsgewinne.

Unechtes Wachstum gibt es nicht.

Währungsreform/Preisfreigabe 1948 (S. 48 f.)

Die Politik der Preisfreigabe war
gescheitert [...]

[...] die Preisfreigabe war
überhastet.

Symptom des Geldüberhangs.

Schnellere Anpassung an
tatsächliche Knappheitsverhältnisse
(Relativpreisanpassung).

Kosten der Nichtanpassung
(Ineffizienzen, Rent-seeking)
bleiben unerwähnt.

Gescheitert oder überhastet:
Was denn nun?

Ludwig Erhard: Ein talentierter Selbstdarsteller

Erhard als historische Figur (S. 10, S. 53 ff)

Erhards unerfreuliche NS-Vergangenheit ist historisch bestens dokumentiert – wird aber trotzdem tatkräftig verschwiegen. [...]

Erhard war nicht nur ein Opportunist und Lügner, sondern auch ein überaus naiver Ökonom.

[...]

Profiteur des NS-Regimes [...]

Die Lüge vom Widerstand

Einseitige, unkritische Übernahme des Urteils ausgewählter Autoren. Alles, was nicht eindeutig für Erhard spricht, wird apodiktisch gegen ihn gewendet. Mehr Mutmaßungen als belegte Fakten. Die Quellenlage ist in vielen Belangen uneindeutig. Kein Versuch, die Sozialphilosophie Erhards tiefer auszuleuchten, das gezeichnete Zerrbild lässt sie als naiv erscheinen.

Schwarz-weiß-Zeichnung, wo Differenzierung angebracht wäre.

[...]

Historischer Kontext fehlt:
Sozialistischer Mainstream in der
unmittelbaren Nachkriegszeit (auch
im Westen)

Zentrales Element fehlt:
Öffnung zur Weltmarktorientierung
(globale Relativpreise), um
westdeutsche Wirtschaft möglichst
schnell dem internationalen
Wettbewerb auszusetzen.

Erhards Wettbewerbspolitik (S.76 f.)

als Wirtschaftsminister ist er daran gescheitert, den so geliebten und gelobten Wettbewerb zu schützen.

Acht Jahre bastelte er an einem Kartellgesetz, das 1958 zwar in Kraft trat – aber so viele Ausnahmen enthielt, dass das neue Kartellamt fast nichts zu sagen hatte

Wichtiger als Kartellgesetze sind offene Weltmärkte (daher auch Erhards Sorge um Abschottung der EWG).

Die Verzögerung beim KartG gehen auf BDI und Adenauer zurück – Vorwurf an Erhard ist wenig überzeugend.

Die Rettung kommt von außen: Europa

Keynesianische Sicht auf die Aufbaujahre (S. 81 f.)

Heute ist vergessen, wie arm die Bundesbürger in den frühen 1950er-Jahren noch waren. [...]

Vor allem der Konsum schwächelte.

[...]

Da aber die Nachfrage fehlte, lohnte es sich nicht, in Maschinen zu investieren und die Produktion auszuweiten. Eigentlich wäre ein staatliches Konjunkturprogramm fällig gewesen, um die Wirtschaft anzukurbeln.

In Deutschland fehlte es an vielem, an Nachfrage sicher nicht.

Kernproblem war die Neuausrichtung der Produktionsstrukturen und des Wiederaufbaus des Kapitalstocks sowie die Integration von Millionen von Flüchtlingen.

Eine makroökonomische Oberflächenanalyse ist blind für diese Koordinationsleistung. Ludwig Erhard hatte das erkannt, Ulrike Herrmann nicht.

Keynesianische Sicht auf die Aufbaujahre (S. 84)

Durch die Kriegszerstörungen waren alle Länder [in Europa] auf US-Importe angewiesen: Rohstoffe, Nahrungsmittel, Maschinen wurden aufwändig aus Übersee herangeschafft. Umgekehrt hatten die Westeuropäer jedoch fast keine Exportgüter anzubieten, die für die Amerikaner interessant gewesen wären.

Eben. Die Verheerungen des Krieges erforderten Kapitalimporte, keine Konjunkturprogramme.
Widerspricht auch der These der im Großen und Ganzen intakten Industrie.

Außenhandel (S. 89)

Der Außenhandel ist ein Nullsummenspiel: Ein Plus kann es nur geben, wenn andere Länder ein Minus machen.

Krasser Rückfall in den Merkantilismus oder ökonomisch bedeutungslose Saldenmechanik.

Außenhandel (S. 90)

Bis zum 1. April 1953 hatten die Westdeutschen immerhin genau 90,1 Prozent ihres Handels liberalisiert.

Die „Westdeutschen“ handeln hier als Kollektiv, der Wirtschaftsminister bleibt unerwähnt.

Währungskonvertibilität (S. 91)

Die europäischen Währungen waren nur miteinander handelbar, weil es die Zahlungsunion gab, die Defizite und Überschüsse saldierte und Kredite gewährte. Ohne die Zahlungsunion hätten einige Defizitländer ihre Währungen wieder bewirtschaften und Importkontingente einführen müssen.

... oder ihre Geldpolitik ändern müssen.

Im gesamten Buch wird der Geldpolitik nahezu alles zugetraut, nur ein Einfluss auf Kapitalflüsse und Wechselkurse nicht.

Sinn der Golddeckung (S. 93)

Gold – ein schlechtes Geschäft

[...]

Ende 1958 waren die angehäuften 2345 Tonnen Gold zwölf Milliarden D-Mark wert, was damals 5,18 Prozent der westdeutschen Wirtschaftsleistung entsprach. Inzwischen sind diese 2345 Tonnen zwar 84,5 Milliarden Euro wert, kommen jedoch nur noch auf 2,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Lohnend war das Gold nicht.

Gold dient Notenbanken als Reserveposition, nicht primär als Anlagevehikel

Zudem: Wirtschaftsleistung wird heute von 24 Prozent mehr Erwerbstätigen erbracht, und mit Punkt Betrachtungen erhält man bei volatilen Preisreihen große Renditespannen.

Gleiche Rechnung für 2012 (bereinigt um Erwerbstätige): 4,5 Prozent des Pro-Kopf-BIP, offenbar kein ganz so schlechtes „Geschäft“ mehr.

Die „soziale Marktwirtschaft“ war nicht sozial

Definitionsfragen (S. 104 f.)

Die „soziale Marktwirtschaft“ strebte nämlich mitnichten eine ausgebauten Sozialpolitik an, sondern behauptete im Gegenteil, dass der freie Markt an sich schon sozial sei.

[...]

Um Gerechtigkeit ging es nicht.

Begriffe werden autonom besetzt und abweichende Auffassungen bereits auf der Definitionsebene ausgeschlossen.

Hayek:
„Soziale Gerechtigkeit“ als
Wieselwort.

Unfaire Reallohnentwicklung? (S. 104)

Bis 1962 **verdoppelten sich die Reallöhne** der Industriearbeiter, und gleichzeitig sank ihre Arbeitszeit.

[...]

Die steigenden Löhne und Urlaubszeiten konnten die Firmen mühelos finanzieren, denn die **Wirtschaftsleistung wuchs sogar noch schneller**: Zwischen 1950 und 1960 erhöhte sie sich **pro Kopf um 157 Prozent**. Ein großer Teil des Wachstums erreichte also gar nicht die Angestellten, sondern kam allein den Unternehmen zugute.

Zahlen passen nicht zusammen.
Tatsächlich ist das Pro-Kopf-BIP etwas stärker gestiegen als die Pro-Kopf-Löhne, von einer ausgeprägten Spreizung kann aber keine Rede sein.

Kein Anlass zur Skandalisierung.

Rentenpolitik (S. 108)

Adenauers Rentenreform wird daher gern als „Wahlgeschenk“ titulierte. Doch dieser Spott wird der Reform nicht gerecht; sie war ein ganz großer Wurf – und vor allem kein Geschenk, denn die höheren Renten wurden allein von den Arbeitnehmern finanziert.

Dynamische Rente war kein Geschenk für die Arbeitnehmer, sondern für die Rentner. Geschenke müssen immer von jemandem bezahlt werden.

In der Wirklichkeit hatte die Kapitaldeckung noch nie funktioniert, weil das Vermögen der Rentenkassen durch die beiden Weltkriege und die anschließenden Inflationen vernichtet worden war.

Weltkriege und Inflationen sind von politischen Entscheidungsträgern zu verantworten, nicht von privaten Akteuren.

Kapitalbestände sind für Enteignungen und Zerstörung anfällig, das spricht aber nicht gegen die Kapitaldeckung, sondern für Friedens- und Stabilitätspolitik.

Rentenpolitik (S. 110)

Man sorgte für eine ferne Zukunft
vor und vergaß die Gegenwart.

Heute ist es umgekehrt.
Nicht fair für die junge Generation,
denen diese Politik schärfere
Verteilungskonflikte hinterlässt.

Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ sollte [...] den Eindruck erwecken, dass Ludwig Erhard eine völlig neue Wirtschaftsordnung geschaffen habe, die sich deutlich von der „liberalistischen“ Wirtschaftsordnung unter Hitler und in der Weimarer Republik abhob.

**Lohnstopp, Preisstopp,
Devisenbewirtschaftung,
Rohstoffzuteilung, Vierjahrespläne,
Zwangsarbeit**

NS-Wirtschaftspolitik fußte auf zentraler Lenkung. Eigentumsrechte bestanden nur formal, waren aber keine Verfügungsrechte. Konsumenten haben die Produktion nicht gesteuert, sondern die Bedarfe des Militärs.

„Liberalistische Wirtschaftsordnung“?

Grotesker geht es nicht.

Nirgendwo ist „Marktwirtschaft“:
Die ungebrochene Macht der
Großkonzerne

Naives Bild von Markt und
Wettbewerb.

Wettbewerb macht sich nicht am
Konzentrationsgrad fest, sondern
an der Bestreitbarkeit von Märkten.

Herrmann hängt hier wohl dem
primitiven Modell der vollständigen
Konkurrenz an. Erhard war da
weiter, weil Marktwirtschaft für ihn
nicht Wochenmarkt, sondern
Weltmarkt bedeutete.

Die Krisen kehren zurück

US-Geldpolitik (S. 130)

Es gab zu wenig Gold, um den amerikanischen Dollar zu decken.

Umgekehrt: Es wurden zu viele Dollar gedruckt für die Bestände an Gold, dies es gab.

Scheitern von Bretton-Woods (S. 131)

In einer wachsenden Weltwirtschaft wurden ständig mehr Dollar benötigt, um den internationalen Handel abzuwickeln. [...]

Das Triffin-Dilemma war unausweichlich, wurde aber noch verschärft, weil die Bundesrepublik und Japan hohe Überschüsse im Außenhandel aufhäuferten – was zusätzliche Dollar nötig machte.

Alternative zur Geldmengenausweitung: Deflation (typisch im Goldwährungssystem)

Überschüsse im Gütertausch können via Kapitalverkehr zurückgeschleust werden, deshalb braucht es nicht „mehr Dollar“. Ursächlich ist die Dollarflut, die sich bei politisch fixierten Wechselkursen in steigenden Währungsreserven der Bbk niederschlägt (als Symptom, nicht als Ursache des Problems). Daher die Aufwertungsdebatte.

Scheitern von Bretton Woods (S. 132)

[Das Weltwährungssystem] konnte nur funktionieren, wenn nicht permanent mit Devisen oder Rohstoffen spekuliert wurde.

Spekulation ist nicht per se destabilisierend, sondern nur dann, wenn die Politik das Haftungsprinzip durchlöchert. Hier wird Ursache und Wirkung verwechselt. Nirgends im Buch wird Spekulation (ohne die es kein Wirtschaften geben kann) erklärt, sondern immer nur pauschal verunglimpft.

Internationaler Handel (S. 134)

Amerikanische Güter waren technisch überlegen und weltweit gefragt, sodass auch die USA beachtliche Exportüberschüsse verzeichneten.

Exportüberschüsse hängen von Nettokapitalströmen ab, nicht von der technischen Qualität der Güter.

Bündnisverteidigung und Devisenflüsse (S. 135)

Die Westdeutschen ließen sich also von den Amerikanern verteidigen – und kassierten dafür auch noch Dollar!

Was sollten sie sonst kassieren? Dafür haben die Deutschen ja eine entsprechende Gegenleistung erbracht (= Versorgung der US-Soldaten). Die Lastverteilung bei der Bündnisverteidigung steht auf einem ganz anderen Blatt.

Globalsteuerung/Magisches Viereck (S. 141)

Das „magische Viereck“ war nun das Ziel; man wollte gleichzeitig Wachstum, Preisstabilität, einen ausgeglichenen Außenhandel und Vollbeschäftigung anpeilen.

Im StabWG ist von außenwirtschaftlichem Gleichgewicht die Rede, nicht von ausgeglichenem Außenhandel. Zu Zeiten von Bretton-Woods ging es vor allem um den Devisenbilanzausgleich, also eine Wirtschaftsentwicklung ohne monetäre Zahlungsbilanzfinanzierung.

Nach Bretton-Woods (S. 148 f.)

Die Finanzmärkte hatten inzwischen genug Macht, um Devisenkurse in die gewünschte Richtung zu lenken. [...]

Die Ära der festen Wechselkurse war endgültig vorüber. Seither schwanken die Kurse, und die Spekulanten auf den Finanzmärkten entscheiden, wie viel eine Währung wert ist. [...]

Die Industrieländer stürzten in eine tiefe Rezession

Viel Verschwörungstheorie, wenig Fakten. Von den Ölkrisen 1973 und 1978/1979 erfährt der Leser in diesem Zusammenhang nichts.

Derivate (S. 152 f.)

2018 wurden außerbörsliche Derivate im Nominalwert von etwa 600 Billionen Dollar gehandelt – die globale Wirtschaftsleistung betrug aber nur 85 Billionen Dollar. Die allermeisten Derivate können also gar keinen realen Gegenwert haben, sondern dienen nur der Spekulation.

Der reale Gegenwert eines Derivats lässt sich nicht am Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ablesen.

Ölkrise und Fahrverbote (S. 155)

Erstmals nahmen viele Menschen wahr, dass Rohstoffe und Umwelt knapp sind.

Seit es Rohstoff- und Bodenpreise gibt, nehmen Menschen die Knappheit dieser Ressourcen wahr.

Staat im Staat: Die Bundesbank

Hyperinflation (S. 159)

Die Bundesbürger waren panisch um ihr Ersparnis besorgt, obwohl kein neuer Krieg drohte und es in Friedenszeiten noch nie zu Hyperinflationen gekommen war.

1923?

Nicht nur Hyperinflationen, auch Hochinflationen sind für die Menschen (gerade für die „kleinen Leute“) aus guten Gründen ein Problem.

Phillips-Kurve (S. 159)

Zwischen den beiden Zielen
Vollbeschäftigung und
Geldwertstabilität herrscht ein
permanenter struktureller Konflikt
– der politisch austariert werden
muss. In den meisten Ländern wird
die Zentralbank daher
demokratisch kontrolliert.

Kurz- vs. langfristige Phillips-Kurve!
Politisches Austarieren hilft hier
nicht.

Demokratische Kontrolle verbrämt
den Zugriff der Finanzpolitik auf die
Notenpresse. In D wurde die
Unabhängigkeit der Bbk von großen
Mehrheiten (gegen den Willen der
Regierungen) gestützt, um genau
das zu vermeiden. Demokratischer
geht es nicht.

Bundesbank (S. 157-173)

[Die Bundesbank hat alles falsch gemacht, im Zweifel waren die Zinsen in Deutschland immer zu hoch.]

Was der Leser alles nicht erfährt:

- Bedeutung von Inflationserwartungen,
- Vorteil der Geldwertstabilität für die „kleinen Leute“,
- Rolle von Kapitalmärkten für Zinsentwicklung (z. B. im Zuge der Wiedervereinigung),
- Cantillon-Effekte,
- Lastentransparenz durch Verzicht auf monetäre Staatsfinanzierung

Ein historisches Geschenk: Die Wiedervereinigung

Kosten der Wiedervereinigung (S. 11)

Inzwischen ist die gigantische Summe von 2,5 Billionen Euro vom Westen in den Osten geflossen – und dennoch war die deutsche Einheit kostenlos. Die deutsche Staatsverschuldung liegt nicht höher als in anderen Ländern, die keine Wiedervereinigung zu stemmen hatten. Die Ausgaben für die Ex-DDR haben sich letztlich selbst finanziert, indem sie für Wachstum sorgten.

Abwegige Vergleiche,
Opportunitätskostenüberlegungen
fehlen gänzlich.

Kosten der Wiedervereinigung (S. 200 f.)

Von 1990 bis 1998 stieg die Staatsverschuldung um mehr als das Doppelte. [...]

Die Kosten der Einheit ließen sich [...] nicht allein über Darlehen finanzieren, sondern es mussten noch andere Geldquellen angezapft werden.

Die Regierung bediente sich vor allem bei den Sozialkassen. [...]

Um die Einheit zu finanzieren, stiegen zudem die indirekten Steuern [...]

Die oberen Schichten wurden vor allem durch den „Solidaritätszuschlag belastet“

So sieht also Selbstfinanzierung durch Wachstum aus.

Die Macken der Planwirtschaft

Wenn ein Wirtschaftssystem ein Land in den Ruin treibt, ist das wohl mehr als nur eine „Macke“.

DDR vs. UdSSR (S. 176)

Die DDR sollte die zentrale Planwirtschaft sowjetischen Typs übernehmen – war aber mit der Sowjetunion gar nicht zu vergleichen.

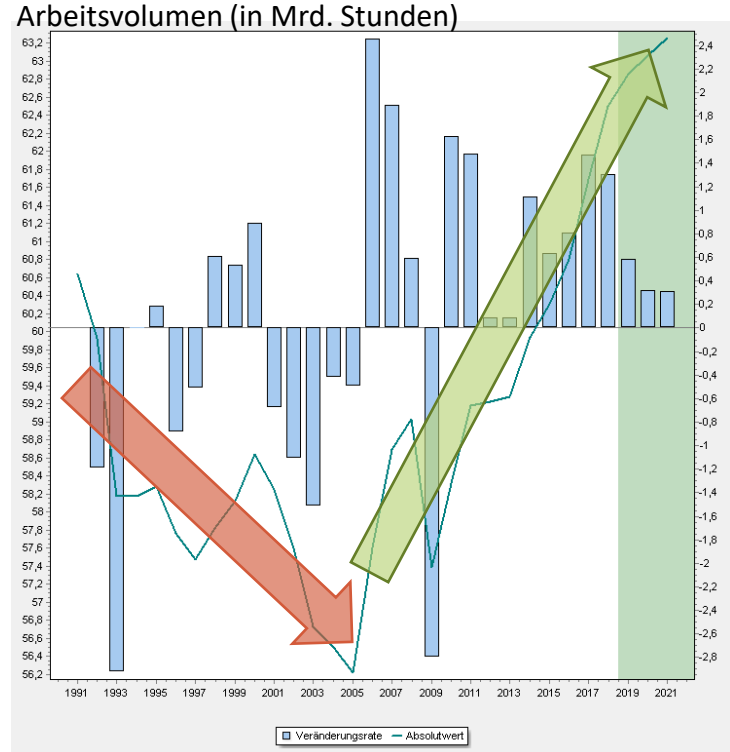
Nach sozialistischer Lehre hätte der Übergang zur Zentralverwaltungs-wirtschaft in der DDR ab 1945 aufgrund der weiter fortgeschrittenen Industrialisierung sogar besser funktionieren müssen als ab 1917 im damals agrarisch geprägten Russland.

Die Reichen werden beglückt – vor allem von Rot-Grün

Hartz IV-Effekte (S. 212)

Im Jahr 2000 wurden insgesamt 59,96 Milliarden Stunden gearbeitet. Auf diesen Wert kam die deutsche Wirtschaft erst wieder 2014. Dazwischen gab es stets weniger Arbeit als zur Jahrtausendwende.

Trends statt Einzeljahre!



Arbeitsmarktpolitik (S. 213)

Die Schröder-Regierung hätte sich an Frankreich orientieren müssen, das seine Reallöhne leicht steigen ließ.

Und sich mit Arbeitslosenquoten auf französischem Niveau abfinden.

Alle landläufigen Prognosen nehmen an, dass dank des technischen Fortschritts die deutsche Wirtschaft auch künftig wächst und die gesamte Gesellschaft noch reicher wird. Es gäbe also genug zu verteilen.

Es ist gerade der Sinn der dynamischen Rente, die Rentner an den Einkommenszuwächsen teilhaben zu lassen. Produktivitätsfortschritte entschärfen daher den demografischen Wandel nicht, es sei denn, man ist bereit, den Lebensstandard der Rentenbezieher nicht mehr mit den Löhnen steigen zu lassen. Aber das ist wohl kaum gemeint.

Wachstum und Rentenpolitik (S. 214)

Alle landläufigen Prognosen nehmen an, dass dank des technischen Fortschritts die deutsche Wirtschaft auch künftig wächst und die gesamte Gesellschaft noch reicher wird. Es gäbe also genug zu verteilen.

Am Schluss des Buches erfahren wir, dass die Wachstumsphase Deutschlands vorbei ist („Das Wachstum hat Deutschland reich gemacht, aber dieses Modell hat keine Zukunft, weil es unsere Umwelt ruiniert“, S. 250).

Was denn nun?

Sparen in der Gesamtwirtschaft (S. 217)

Der Einzelne kann sparen – aber
nicht die ganze Wirtschaft.

Doch, kann sie. Macht sie auch seit
Jahrhunderten. Gilt sogar für die
Weltwirtschaft (also ohne Ausland).
Nennt sich Kapitalakkumulation.

Der Vorwurf, die Wirtschaftspolitik
führe ein Land wie ein
Unternehmen (BWL statt VWL),
zieht sich durch das ganze Buch,
sitzt aber an keiner Stelle.

Ein Kontinent zerstört sich selbst: Die Eurokrise

Immobilienblasen (S. 236)

Die Kreditblase wurde lange nicht erkannt weil sie für Wachstum sorgte.

Richtig, aber der Bezug zu einer permissiven Geldpolitik, die im Buch sonst immer wieder gefordert wird, fehlt hier.

Panikattacken (S. 237)

Den ausländischen Banken und Versicherungen wurde schlagartig bewusst, dass sie einen Teil ihrer Kredite nie wiedersehen würden.

Warum sollten Investoren ihr Geld von angeblich kerngesunden Ländern abziehen?

Die Finanzmärkte haben spät reagiert, dann aber die nicht-nachhaltige Politik erkannt. Dieses Korrektiv ist wichtig, damit sich Länder nicht durch eine Soft-Budget-Constraint immer wieder einen schlanken Fuß machen (typischerweise auf Kosten der ökonomisch Schwächsten).

Monetäre Bail-outs (S. 244)

Es ist eine überaus elegante Lösung,
Schuldenkrisen zu bekämpfen,
indem die Zentralbank einspringt.

Es ist nicht elegant, die Folgen
übermäßig expansiver Geldpolitik
mit noch mehr Geld zu bekämpfen.
Das legt die Saat für die nächste
Krise und zerstört den letzten Rest
an Haftungsprinzip.

Investoren finden solche
Zentralbank-Puts allerdings prima
(Erträge privatisieren, Kosten
sozialisieren). Erstaunlich, vor
welchen Karren sich Frau Herrmann
hier spannt.

Deflationsphobie (S. 245)

Sobald eine Deflation einsetzt, ist es mit dem Wachstum garantiert vorbei.

Unsinn.
Nur bei monetär bedingter
Deflation drohen
Wachstumseinbrüche.

Monetäre Staatsfinanzierung (S. 245)

Die Eurozone wäre sofort gesundet, wenn die Europäische Zentralbank ihr Geld nicht an die Banken – sondern direkt an die Staaten vergeben hätte.

Das wäre der Anfang vom Ende eines stabilen Euro.

Der neoliberale Sparwahn verhindert jedoch nicht nur, dass sich die Eurozone erholt, er garantiert auch, dass der Euro niemals zur Leitwährung werden kann.

Von einem Sparwahn ist weit und breit nichts zu sehen.

Warum soll es in der EU nur eine Währung geben, aber in der Weltwirtschaft ein Duopol zwischen USD und Euro? Wäre dort nicht auch nur Platz für eine Währung?

Schluss: Politik lohnt sich

Zinspolitik der Bundesbank ab 1970 (S. 251)

Die Bundesbank hat die Zinsen nach oben getrieben [...]

Wenn die Leitzinsen in Deutschland immer zu hoch waren (und die Bundesbank die Zinsen bestimmen konnte), warum war dann Deutschland meist ein Nettokapitalexportland (LB-Überschüsse) und hat nicht das Kapital der übrigen Welt angezogen?

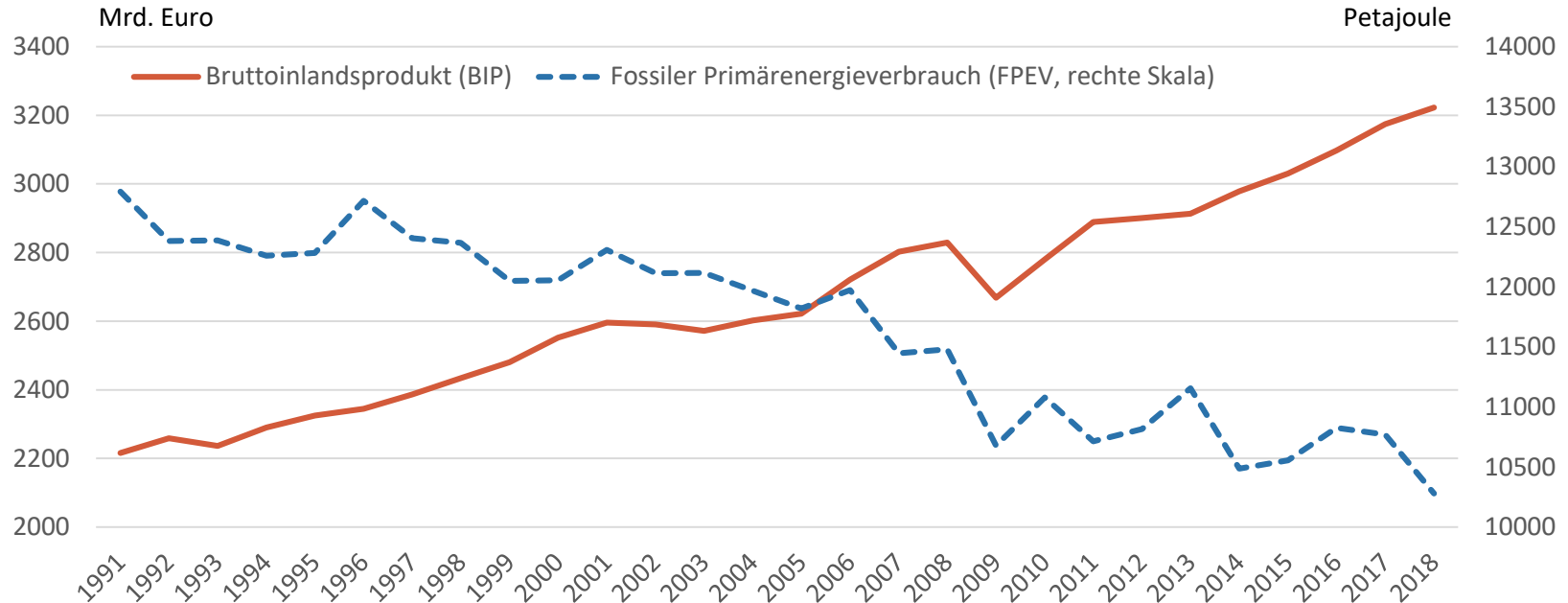
Rohstofflimits als Wachstumsbremse (S. 250)

Das Wachstum hat Deutschland reich gemacht, aber dieses Modell hat keine Zukunft, weil es unsere Umwelt ruiniert.

Produktion und fossiler Ressourcenverbrauch sind seit Jahrzehnten entkoppelt, nicht nur je Einheit, sondern absolut (s. nächste Folie).

Wirtschaftswachstum ist seit jeher ein qualitativer Fortschritt, nicht ein immer mehr vom immer Gleichen.

Wirtschaftsleistung und fossiler Energieeinsatz



BIP: Verkettete Volumenwerte (Referenzjahr 2015); FPEV: Mineralöl, Erdgas, Steinkohle, Braunkohle

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Erhards Denken und Umweltschutz (S. 251)

Zudem war Erhard ein erstaunlich einfältiger Ökonom. Allerdings scheint gerade diese ungeheure Mittelmäßigkeit viele Anhänger zu beruhigen: Sie wünschen sich eine Welt, die so übersichtlich ist wie Erhards schlichtes Denken. Mit seiner kärglichen Theorie wird es jedoch niemals gelingen, den Rohstoff- und Umweltverbrauch um mindestens die Hälfte zu senken.

Abgesehen von der tiefenden intellektuellen Überheblichkeit:

Es gehört zu dieser schlichten Theorie, dass wirtschaftliche Akteure sich seit jeher auf wechselnde Knappheiten einstellen und die Bepreisung von Verfügungsrechten hierzu den besten Kompass bietet.

Und es gehört zu den wiederkehrenden Mustern, dass Sozialingenieure die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit von Marktsystemen unterschätzen.

Sind Wachstum und Ökologie tatsächlich ein Widerspruch? Dabei ist die längst bekannte Antwort so schlicht wie eindeutig: Ja.

Beispiel für eine übersichtliche Welt durch schlichtes Denken.

Die Verbesserung der lokalen Umweltqualität in den vergangenen Jahrzehnten belegt im Übrigen das Gegenteil. Umweltgüter werden erst ab einem bestimmten Wohlstandsniveau so wichtig, dass die Menschen dafür andere Konsummöglichkeiten aufzugeben bereit sind.

Wachstumstendenz (S. 251)

Es ist nämlich keineswegs trivial, die
Wirtschaft davon abzuhalten,
ständig zu wachsen.

So schwierig ist es nicht. Einfach ein
sozialistisches Wirtschaftssystem
einführen. Schon hört das ständige
Konsumwachstum auf. Nur die
Umweltzerstörung nicht.

Dumme deutsche Wirtschaftspolitik (S. 251)

[...] neoliberal verblendet haben die Bundesbürger schon fast alles versucht, um ihre Wirtschaft abzuwürgen: Die Bundesbank hat die Zinsen nach oben getrieben, der Staat hat zu wenig investiert, die Löhne der Beschäftigten stiegen kaum, und die Banken durften eine spekulative Geldblase aufpumpen, die die Realwirtschaft heute fast erdrückt.

Kommentiert sich eigentlich selbst.
Aber immerhin scheint die Geldpolitik an einer Geldblase keinen Anteil zu haben, das sind nur die bösen Banken. Und das, obwohl die Zinsen in Deutschland immer zu hoch waren ... seltsam.

Wirtschaftswunder (Untertitel des Buches)

Warum es kein Wunder ist, dass wir
reich geworden sind

Nach der Lektüre des Buches
kommt es einem doch wundersam
vor: Hat doch ein unfähiger Erhard
die deutsche Wirtschaft auf das
falsche Gleis gesetzt, die
Bundesbank die Stabilität ständig
torpediert und auch die übrige
Wirtschaftspolitik in 70 Jahren alles
falsch gemacht. Nur das Pro-Kopf-
Einkommen ist einfach immer
weiter gewachsen.

Ein Wunder.

Q&A



Prof. Dr. Stefan Kooths
Leiter Prognosezentrum

T +49 431 8814-579

F +49 431 8814-525

M stefan.kooths@ifw-kiel.de

 @StefanKooths

  @kielinstitute

www.ifw-kiel.de

